

Klima, Krisen und Konflikte

Die Corona-Krise ist Teil einer größeren Systemkrise, und zwar der Entfremdung zwischen Mensch und Natur. Um noch größeren Herausforderungen vorzubeugen, muss Krisenprävention den Schutz der menschlichen Lebensgrundlagen – Biodiversität und das Weltklima – stärker einbeziehen.



Dr. Kira Vinke,
geb. 1988, arbeitet am Potsdam-
Institut für Klimafolgenforschung
und ist Ko-Vorsitzende des
Beirats der Bundesregierung für
Zivile Krisenprävention und
Friedensförderung.

✉ kira.vinke@pik-potsdam.de

Stillstand – die Corona-Pandemie zwingt binnen Wochen selbst hoch technologisierte Gesellschaften in eine Ausnahmesituation. In kürzester Zeit wurden Fälle von Virusinfizierten fast überall auf der Welt registriert, die Todeszahlen steigen an. Der Ursprung des Virus liegt nach bisherigen Erkenntnissen in einem Wildtiermarkt im chinesischen Wuhan, von wo aus sich die Erkrankung COVID-19 weltweit verbreitete und multiple Krisen auslöste. Diese gleichzeitig ablaufenden Entwicklungen bringen besondere Herausforderungen für den Multilateralismus.¹ So überfordern nichtlinear wachsende Notlagen das internationale Krisenmanagement und die humanitären Hilfen. Regierungen sind in der Pflicht, ihre Bevölkerung zu schützen, und in Notsituationen kann dies andere Ziele der Sicherheits-, Außen- oder Entwicklungspolitik zeitweise in den Hintergrund stellen.²

In ein entstehendes Machtvakuum treten gerade in fragilen Staaten andere Akteure, etwa organisierte Kriminalität oder terroristische Gruppierungen, und stärken ihre Positionen. Wenn staatliche Kapazitäten auf Pandemiebekämpfung fokussiert werden müssen, können beispielsweise Terrorgruppen vulnerable Sicherheitslagen nutzen, um Einfluss zu gewinnen und Anschläge durchzuführen, wie bereits in der Sahelzone geschehen.³ Diese indirekten, aber oft kritischen Einflussfaktoren auf das Sicherheitsgefüge werden nun stärker wahrgenommen. Periphere nichttraditionelle Sicherheitsrisiken gewinnen an Dringlichkeit und rücken ins Zentrum globaler Debatten. Dabei spielt auch eine Rolle, dass es erst seit kurzer Zeit überhaupt möglich ist, latente Krisen wissenschaftlich zu antizipieren und ihren Verlauf zu beeinflussen.⁴ Durch diese Möglichkeit ist es ethisch geboten, aktiv zu werden und Schäden frühzeitig vorzubeugen.

Allgegenwärtige Klimakrise

Während die Pandemie anhält und das ganze Ausmaß sich noch nicht abschätzen lässt, vollzieht sich im Hintergrund die Klimakrise, die zahlreiche Opfer im Schatten der Berichterstattung fordert und langfristig die menschliche Zivilisation bedroht.⁵ Nach dem wärmsten Winter in Europa seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen und anhaltender

¹ Siehe hierzu auch die UN-Debatte der DGVN zur Corona-Pandemie und die Zukunft des Multilateralismus unter www.dgvn.de/UN-Debatte/

² Wolf Kinzel, Mali, der Terror im Sahel und Covid-19: Das neue Bundeswehr-Mandat für die Beteiligung an MINUSMA, SWP-Aktuell, 2020, www.swp-berlin.org/10.18449/2020A27/

³ Thilo Thielke, Dschihadisten nutzen Schwäche: Der Terrorgürtel in der Sahel-Zone wird breiter, FAZ.NET, 9.4.2020, www.faz.net/1.6714537

⁴ John Schellnhuber, Was uns die Krisen lehrten, FAZ.NET, 16.4.2020, www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/seuche-im-anthropozoen-die-lehren-der-corona-krise-16726494.html

⁵ Will Steffen et al., Trajectories of the Earth System in the Anthropocene, Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS), 33. Jg., 115/2018, S. 8252–8259, www.pnas.org/content/115/33/8252

Trockenheit erreichte bereits im Frühjahr 2020 die Waldbrandgefahr vielerorts die höchste Warnstufe. Extreme tropische Zyklone, wie Hurrikan Harold, der in mehreren pazifischen Inselstaaten im April 2020 große Schäden anrichtete, erschweren zudem die lokale Umsetzung des Infektionsschutzes. Hitzewellen, wie sie bereits in den vergangenen Jahren zu verzeichnen waren, können eine zusätzliche Gesundheitsbelastung in dicht besiedelten städtischen Ballungsräumen sein, insbesondere wenn Ausgangssperren und Abstandsregeln weiter aufrechterhalten werden müssen. Wegen der globalen Einschränkungen mussten auch die internationalen Klimaschutzverhandlungen in Glasgow (Conference of the Parties – COP-26) in das kommende Jahr verlegt werden.

Beiden Krisen, der Corona-Pandemie und der Klimakrise, liegt ein Wirkungszusammenhang zugrunde: die radikale Entfremdung zwischen Mensch und Natur. Das alte Entwicklungsparadigma – durch extreme Ressourcenübernutzung Wohlstand zu erzielen – stößt an seine natürlichen Grenzen.⁶ Zu enge Kontakte zwischen Menschen und Wildtieren haben bereits eine ganze Reihe von Epidemien, teilweise gar Pandemien ausgelöst, wie im Fall von SARS, des Ebolaviruses, HIV/Aids sowie nun SARS-CoV-2. Dass praktisch alle Ökosysteme und Arten dem menschlichen Konsum zur Verfügung stehen, wird dem Homo Sapiens zum Verhängnis. Trotz zahlreicher Aufrufe internationaler Gremien zum Schutz der Biodiversität und früher Warnungen durch die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) haben Präventionsmaßnahmen die Pandemie nur eindämmen, nicht aber verhindern können.⁷ Führende Biodiversitätsforscherinnen und -forscher stellen fest: »Es gibt eine einzige Spezies, die für die COVID-19-Pandemie verantwortlich ist – der Mensch.«⁸

In Deutschland zeigt sich im dritten Jahr einer extremen Dürre, dass sich auch die Schäden des Klimawandels nicht mehr vollkommen abwenden lassen. Es gilt nun, besonders schwerwiegende Risiken auszuschließen oder zumindest zu verringern. Diese sind existenzbedrohend: Durch die glo-

bale Erwärmung könnten sich großskalige Ökosysteme unwiderruflich und radikal verändern. Diese sogenannten Kippelemente im Erdsystem sind zudem wie in einem Dominoeffekt miteinander verbunden.⁹ Zu ihnen gehören beispielsweise der Amazonas-Regenwald, der sich in eine Art Steppe verwandeln könnte; der auftauende Permafrost; die tropischen Korallen, die bereits bei einer Erwärmung von zwei Grad Celsius absterben; oder die schmelzenden Eisschilde der Ost- und Westantarktis. Nur die jetzt lebenden Generationen haben noch die Chance, die Katastrophe abzuwenden, denn die Menschheit hat bereits einen großen Teil

Der Corona-Pandemie und der Klimakrise liegt ein Wirkungszusammenhang zugrunde.

des verbleibenden Emissionsbudgets für die im Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen beschlossenen Temperaturgrenzen verbraucht. Kohlenstoffdioxid ist ein langlebiges Treibhausgas und kann 1000 Jahre in der Atmosphäre bleiben. Diese komplexe Bedrohungslage wird seit drei Dekaden der Weltgemeinschaft in Form eines Sachstandsberichts der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) vorgelegt. Trotz der erdrückenden Gewissheit konnte eine Kehrtwende in den immer weiter steigenden Emissionskurven bislang nicht erzielt werden.

Unzureichende Investition in Prävention

Die Systemkrise der Entfremdung zwischen Mensch und Natur im Gleichschritt mit der wachsenden ökonomischen Ungleichheit trifft nun nicht mit voller, aber mit immenser Wucht in Form des

⁶ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken, Berlin 2014, www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/zivilisatorischer-fortschritt-innerhalb-planetarischer-leitplanken-einbeitrag-zur-sdg-debatte

⁷ Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES), Nature's Dangerous Decline Unprecedented; Species Extinction Rates Accelerating, 2019, ipbes.net/news/Media-Release-Global-Assessment

⁸ Josef Settele et al., COVID-19-Konjunkturpakete müssen Leben retten, Lebensgrundlagen schützen und die Natur bewahren, um das Risiko künftiger Pandemien zu verringern, IPBES, 27.4.2020, ipbes.net/sites/default/files/2020-04/COVID19%20Stimulus%20IPBES%20Guest%20Article_German_0.pdf

⁹ Timothy M. Lenton et al., Climate Tipping Points – Too Risky to Bet Against, Nature, 575. Jg., 7784/2019, S. 592–95, www.nature.com/articles/d41586-019-03595-0

Corona-Virus auf Industriestaaten und zeigt: Unser sozio-ökonomisches System ist nicht unverwundbar. Vielen ist bewusst, es hätte noch schlimmer kommen können. So formulierte UN-Generalsekretär António Guterres in seiner Ansprache zum Petersberger Klimadialog Ende April 2020: »Die COVID-19-Pandemie hat die Fragilität unserer Gesellschaften und Ökonomien gegenüber globalen Schocks wie Krankheiten und Klimaextremen ans Licht gebracht.«¹⁰ Alle zukünftigen Krisen, wie ökonomische Rezessionen, Gewaltkonflikte oder Pandemien, werden parallel zu intensi-

Alle zukünftigen Krisen werden parallel zu intensiver werdenden Klimafolgen ablaufen.

ver werdenden Klimafolgen ablaufen. Was dies für die Wiedererlangung des Status quo nach einer Notlage bedeutet, zeigt sich gegenwärtig in Bangladesch und Indien, die vom Superzyklon Amphan getroffen wurden. Hunderttausende Menschen verloren ihr Zuhause und der Infektionsschutz kann in Notunterkünften kaum eingehalten werden.¹¹ Im vergangenen Jahrzehnt hat der Katastrophenschutz beider Staaten große Fortschritte gemacht und es konnten durch Evakuierungen viele Todesopfer verhindert werden. Allerdings wird der Wiederaufbau von Siedlungen und Infrastruktur nun mit dem wirtschaftlichen Abschwung durch die Pandemie zusammenfallen. Ressourcen und Kapazitäten für die Bewältigung potenziell multipler paralleler Krisen zu schaffen, sollte somit Teil vorbeugender Maßnahmen werden. Durch klimatische Extremereignisse wird zudem vermehrt an verschiedenen Orten gleichzeitig ein Bedarf an Katastrophenhilfe entstehen. Dies kann in ähnliche Verteilungskämpfe münden, wie sie derzeit schon zu beobachten sind. Vor dem Hintergrund der immensen Schäden, die durch einen mittelschweren globalen Schock hervorgerufen werden, zeigt sich deutlich,

in was für eine Gefahrenzone sich die Menschheit bereits hineinbegeben hat. Somit besteht auch für den Klimaschutz ein extrem dringender Handlungsbedarf.

Während die 1,5-Grad-Celsius-Grenze bereits außer Reichweite schien, zeigen die einschneidenden Pandemiemaßnahmen, dass die Weltgesellschaft den Kurs noch ändern kann. Schon jetzt liegt die globale Mitteltemperatur bei etwa einem Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau, eine Begrenzung auf 1,5 Grad Celsius könnte die flachliegenden Inselstaaten und tropischen Korallen schützen. Der präventive Ansatz ist die Grundlage des Pariser Klimaabkommens, eine zivilisatorische Errungenschaft, die es unter allen Umständen zu verteidigen gilt. Krisenwahrnehmung und politischer Wille sind Voraussetzung für eine rasche Umsetzung von Maßnahmen. In der Corona-Pandemie konnten in den meisten Staaten mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens tiefgreifende Verhaltensänderungen für einen begrenzten Zeitraum erwirkt werden. Weil die Krise als unmittelbar bevorstehend und potenziell persönlich bedrohlich erscheint – sei es durch die eigene beziehungsweise familiäre Infektion mit dem Virus oder durch den Verlust politischer Macht – war dies überhaupt möglich.¹² Trotzdem zeigt sich inzwischen, beide Krisen waren vorhersehbar, aber es wurde nicht genügend in Prävention investiert.¹³

Die COVID-19-Pandemie macht deutlich, dass die Voraussetzungen dafür, wie gut Länder und Regionen auf zusätzliche Stressfaktoren vorbereitet sind, völlig unterschiedlich sind. Durch das globale Netz der digitalen Berichterstattung kann man die desaströsen Auswirkungen auf Konfliktzonen, städtische Slums oder Flüchtlingslager mitverfolgen. Gleiches gilt für den Klimawandel, er trifft auf unterschiedliche Staaten und Entwicklungsniveaus. Selbst vergleichsweise minderschwere Veränderungen im Regionalklima können in fragilen Staaten zur humanitären Krise führen. Dies gilt insbesondere für Länder, die bereits von sehr schwierigen geografischen und klimatischen Bedingungen gezeichnet sind. Bereits heute wirken sich Klimafolgen negativ auf die menschliche Sicherheit und Konflikt dynamiken aus.

¹⁰ Secretary-General's Remarks to Petersberg Climate Dialogue, 28.4.2020, www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2020-04-28/secretary-generals-remarks-petersberg-climate-dialogue-delivered

¹¹ Hannah Ellis-Petersen/Shaiikh Azizur Rahman, Kolkata Surveys Damage After Bearing Brunt of Cyclone, The Guardian, 21.5.2020, Amphan Kolkata, www.theguardian.com/world/2020/may/21/kolkata-surveys-damage-after-bearing-brunt-of-cyclone-amphan

¹² John Schellnhuber/Kira Vinke, Corona und Klima: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, Internationale Politik (IP), 75. Jg., 3/2020, S. 50f.

¹³ Vgl. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012, Kapitel 2.3., Ergebnis Risikoanalyse »Pandemie durch Virus Modi-SARS«, 3.1.2013, www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/Krisenmanagement/BT-Bericht_Risikoanalyse_im_BevSch_2012.pdf

Klimawandel als Bedrohung der internationalen Sicherheit

Die sicherheitspolitischen Bedeutungen des Klimawandels sind vielschichtig und haben an Relevanz gewonnen. Ressourcenschwund und ethnische Exklusion bilden einen Nährboden für terroristische Rekrutierung. Eskalierende Interessenskonflikte zwischen nomadischen Viehhirten und sesshaften Bauern aufgrund von Dürren und begrenztem fruchtbareren Land werden oft entlang ethnischer und religiöser Linien geführt und können zu Quellen von Instabilität werden.¹⁴ Ebenfalls kann großskalige Vertreibung durch klimatische Extremereignisse politisch fragile Situationen weiter verschärfen. So war auch der Beginn des syrischen Bürgerkriegs von einer extremen Dürre geprägt.¹⁵ Durch die in den Jahren von 2007 bis 2010 andauernde Dürre wurden Ernten vernichtet und fast alle Viehherden in Syrien verendeten. Bis zu 1,5 Millionen Menschen waren dazu gezwungen, ländliche Gebiete zu verlassen und in die syrischen Städte zu ziehen. Gleichzeitig flüchteten mehr als eine Million Menschen aus Irak vor dem Krieg nach Syrien, was zum weiteren Wachstum der Armutssiedlungen in den urbanen Zentren führte. Durch die landwirtschaftlichen Verluste stiegen die Lebensmittelpreise. Die existentiellen Nöte der Menschen mischten sich mit der Frustration über fehlende staatliche Hilfsleistungen und Empörung über fortschreitende politische Repression des Assad-Regimes.

Das Missmanagement der landwirtschaftlichen Krise führte somit zu humanitären Notlagen und Folgekrisen, die die Unruhen und Proteste im Jahr 2011 mitauslösten.¹⁶ Klimawandel und Sicherheit ist eines der zentralen Themen, die Deutschland mit seinem nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat auf die Agenda setzt. Ziel ist, »die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels in den Vereinten Nationen und anderen relevanten internationalen Foren zu verankern und auszubauen.«¹⁷ Das Umfeld dafür ist gegenwärtig schwierig. So

lehnt Russland die Behandlung von nichttraditionellen Sicherheitsrisiken im Rat ab, während die USA auf höchster Ebene den Klimawandel leugnen und außerdem versuchen, den Multilateralismus zu schwächen.¹⁸ Ohne die Unterstützung oder zumindest Enthaltung der beiden Vetomächte können keine Resolutionen im Sicherheitsrat verab-

Deutschlands Beitrag zur Krisenprävention liegt in der Verhinderung von Sicherheitsrisiken, die aus globalen Schocks entstehen.

schiedet werden. Möglich wäre ein Zuschnitt des Themas auf den Gesichtspunkt des Katastrophenmanagements, was jedoch die ursächliche Wirkung des Klimawandels außen vor lassen würde.¹⁹ Angesichts der zunehmenden globalen Krisen, Interessenskonflikte und auch gewaltsamen Auseinandersetzungen, die auf nichttraditionelle Sicherheitsrisiken zurückzuführen sind, ist eine regelmäßige Befassung des Sicherheitsrats mit diesen Themen notwendig.

Deutschlands wichtigster Beitrag zur Krisenprävention auf UN-Ebene liegt möglicherweise in der Verhinderung von scheinbar peripheren Sicherheitsrisiken, die aus globalen Schocks entstehen. Der vernetzte Ansatz der Bundesregierung verbindet bereits viele relevante Stellschrauben des Sicherheitsgeflechts und kann die Kohärenz zwischen dem zivilen und militärischen Engagement erhöhen. Die Corona-Krise wirft nun die Frage auf, wie ein weiterer Brückenschlag zu Themen und Ressorts im Bereich Umwelt und Gesundheit gelingen kann.²⁰ Erste Ansätze sind hierfür bereits in den Leitlinien der Bundesregierung »Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern«²¹ und in dem »Weiß-

¹⁴ Stefanie Wesch/Lisa Murken/Kira Vinke, Warum Klimaschutz Krisenprävention ist: Das Beispiel Burkina Faso, PeaceLab-Blog, 3.9.2019, peacelab.blog/2019/09/warum-klimaschutz-krisenpraevention-ist-das-beispiel-burkina-faso

¹⁵ Colin P. Kelley et al., Climate Change in the Fertile Crescent and Implications of the Recent Syrian Drought, PNAS, 30. Jg., 112/2015, S. 3241–3246, www.pnas.org/content/112/11/3241

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Auswärtiges Amt, Bericht des Auswärtigen Amtes zur Klima-Außenpolitik, Berlin 2019, www.auswaertiges-amt.de/blob/2295884/ce7a2b35b-139dfec5e74facb68916e6/%20200124-klimabericht-dl-data.pdf

¹⁸ Susanne Dröge, Umgang mit den Risiken des Klimawandels: Welche Rolle für den VN-Sicherheitsrat?, SWP-Studie, 5/2020, www.swp-berlin.org/10.18449/2020S05/

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. Matthias Rogg, COVID-19 – Die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik, German Institute for Defence and Strategic Studies, #GIDSstatement, 1/2020, Hamburg, gids-hamburg.de/covid-19-die-pandemie-und-ihre-auswirkungen-auf-die-sicherheitspolitik/

²¹ Die Bundesregierung, Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern, Leitlinien der Bundesregierung, Berlin 2017, www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf



Starke Hurrikane treten aufgrund des Klimawandels immer häufiger auf: Frauen in Les Cayes, Haiti, nach dem Hurrikan Matthew der Kategorie vier von fünf, der am 4. Oktober 2016 im Land wütete. UN PHOTO: LOGAN ABASSI

buch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr²² festgehalten.

Die Leitlinien verweisen darauf, »Klimafragen noch systematischer in das deutsche Engagement zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung zu integrieren und potenziell betroffene Regionen widerstandsfähiger zu machen.«²³ Aber eine konkrete Strategie zur Umsetzung dieser Ansätze fehlt bisher. So bleibt offen, wie zentrale sicherheitspolitische Akteure Klimaanpassung und Emissionsminderung in ihre Prozesse integrieren, obwohl gerade in Regionen, die für die deutsche Sicherheitspolitik von Bedeutung sind, Klimafolgen bereits heute die lokale Bevölkerung vor Herausforderungen stellen und Konflikt Risiken erhöhen können. Beispielsweise sind in den Gebieten der deutschen Ertüchtigungsinitiativen in Burkina Faso, Mali und Niger Dürren und die Zunahme der Niederschlagsvariabilität existenzgefährdend für Beschäftigte in der Land- und Viehwirtschaft. Diese stellen jedoch einen großen Teil der Bevölkerung und haben kaum Ressourcen, um sich Veränderungen anzupassen. Es ist richtig, Maß-

nahmen an den Bedarf von Staaten auszurichten, aber dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Fähigkeit, Krisen zu antizipieren, in vielen Ländern schwach entwickelt ist. So gibt es in Burkina Faso, Mali und Niger kaum Kapazitäten, um regionale Klimafolgen zu projizieren und damit die Basis für eine Analyse von zunehmenden Klimasicherheitsrisiken zu legen. Es fehlt an Wetterstationen, Daten, Studiengängen, Fördergeldern und Personal. Kurz gesagt: Es fehlt an allem.

Krisenprävention beginnt im eigenen Land

Ähnlich verhält es sich mit dem Thema der globalen Gesundheit, das ebenfalls in den Leitlinien verankert ist: »Auch Gesundheitskrisen [...] können destabilisierend auf ganze Regionen wirken und langjährige Entwicklungserfolge zunichtemachen. Die Bundesregierung macht sich deshalb stark für eine bessere Pandemieprävention und ein effektives globales Gesundheitskrisenmanagement.«²⁴ Zwar wurde ein Sechs-Punkte-Plan als Initiative zur Seuchenbekämpfung angelegt, allerdings zeigt sich, dass die Umsetzung bisher nicht ausreichend war.²⁵

Das Weißbuch der Bundeswehr benennt ebenfalls den Klimawandel und Pandemien als »Herausforderungen für die deutsche Sicherheitspolitik«²⁶. In welcher Weltregion der Klimawandel für deutsche Interessen sicherheitsrelevant wird, ist im Weißbuch jedoch nicht konkretisiert. Ebenso bleibt offen, wie die Themen in Aus- und Fortbildungsprogramme der Bundeswehr integriert werden und inwiefern das Klimathema eine Bedeutung für die strategische Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik hat. Insgesamt »fehlen tiefere Analysen oder Aussagen zur Rolle des Klimawandels für die künftige deutsche Verteidigungspolitik.«²⁷

Auch in der ressortgemeinsamen Strategie zur Sicherheitssektorreform werden keine Bezüge zur Rolle des Sicherheitssektors bei der Eindämmung von Gesundheitsrisiken oder zur strategischen Vorausschau und Deeskalation von Verteilungskonflikten um Gemeingüter wie Wasser gemacht.²⁸

²² Die Bundesregierung, Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, www.bmvg.de/resource/blob/13708/015be272f8c0098f1537a491676bfc31/weissbuch2016-barrierefrei-data.pdf

²³ Die Bundesregierung, Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern, a.a.O. (Anm. 21), S. 133.

²⁴ Ebd.

²⁵ Die Bundesregierung, Weißhelme gegen Seuchen, 27.1.2015, www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/weisshelme-gegen-seuchen-434538

²⁶ Die Bundesregierung, Weißbuch 2016, a.a.O. (Anm. 22).

²⁷ Dröge, Umgang mit den Risiken des Klimawandels, a.a.O. (Anm. 18), S. 49.

²⁸ Die Bundesregierung, Ressortgemeinsame Strategie zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform (SSR) im Kontext von Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung, 31.1.2020, www.auswaertiges-amt.de/blueprint/servlet/blob/2298360/222c695ee476e6ec1eaa350989c08f41/sicherheitssektorreform-data.pdf

Dabei erfordert das präventive Handeln hier besondere Expertisen und Kenntnisse, die im traditionellen Sicherheitsbereich oft nicht ausreichend vorhanden sind. Konzepte wie ökologische Friedensförderung (environmental peacebuilding) können zivile Krisenprävention befördern und auch oft übergangene Akteure, beispielsweise Frauen, in ihrer Rolle als Mediatoren stärken.

In dem Strategiepapier findet zudem keine Erwähnung, dass alle Teile der Sicherheitssektoren langfristig kohlenstoffdioxidneutral gestaltet werden müssen und damit große Transformationen und Reformen verbunden sind. Dies bedeutet auch eine Herausforderung für den deutschen Sicherheitssektor. So werden im Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr zwar Fortschritte im Bereich der Energieversorgung und einzelner grüner Beschaffungsmaßnahmen belegt, aber andere wichtige Themen, wie die Umweltbilanz von Rüstung und Auslandseinsätzen, werden nicht behandelt.²⁹ Dabei könnten gerade militärische Organisationen Innovationstreiber im Bereich des Klimaschutzes werden. Krisenprävention beginnt im eigenen Land, das gilt insbesondere im Kontext des Klimawandels, dessen Schäden sich weit um den Globus spannen.

Kehrtwende in der Menschheitsgeschichte?

Die aktuelle Lage zeigt: Es gab viele wissenschaftliche, politische und organisatorische Fortschritte, die es uns ermöglichen, den Verlauf der Pandemie zu beeinflussen. Aber es gab auch Rückschritte. So wurde in Staaten wie Brasilien oder den USA durch Falschmeldungen in den sozialen Medien und Desinformationskampagnen von Populisten das Vertrauen in Wissenschaft und Politik über Jahre hinweg beschädigt. In vielen Industriestaaten ist jedoch durch die Pandemie ein Bewusstsein dafür entstanden, dass wir von exponentiell wachsenden Herausforderungen überwältigt werden können. Damit die Systemkrise nicht in einer globalen Katastrophe mündet, muss der präventive Ansatz gestärkt werden.

Voraussetzung einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung dafür ist eine gute Kommunikation. Erfolge der zivilen Krisenprävention zu messen ist nicht trivial, denn vermiedene Schäden sind oft nicht sichtbar. Selbst in der gegenwärtigen Pandemie, deren Auswirkungen quasi in Echtzeit über-

tragen werden, bleibt es schwierig, in noch nicht stark betroffenen Regionen zu vermitteln, dass eine gesamtgesellschaftliche Gefahr besteht, die nur durch massive Intervention zurückgedrängt werden kann. Umso wichtiger ist eine effektive Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung für nichttraditionelle Sicherheitsrisiken.

Nicht zuletzt ist eine Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen notwendig, um dem gewachsenen Verständnis über die Wechselwirkungen zwischen Ökosystemen und der vernetzten Weltgesellschaft Raum zu geben. Die Verschiebung der COP-26 könnte auf internationaler Ebene hierfür Zeiträume eröffnen. Darüber hinaus haben Staaten wie Deutschland die Chance, mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft zu modernisieren und eine ambitioniertere Klima- und Biodiversitätsschutzpolitik umzusetzen. Diese Vorhaben sollten in die vereinbarten Revisionen der National festgelegten Beiträge (Nationally Determined Contributions – NDCs) der Staaten zum Pariser Klimaabkommen einfließen. Das Jahr 2020 könnte als ein Jahr der Kehrtwende in die Menschheitsgeschichte eingehen, in dem das Gemeinwohl und das Recht auf Leben vor wirtschaftliche Interessen gestellt werden. Aus der Krise zu lernen bedeutet, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Eigentlich wissen wir, was zu tun ist, damit Prävention auch in schwierigen Zeiten gelingen kann.

English Abstract

Dr. Kira Vinke

Climate, Crises and Conflicts pp. 106–111

The corona pandemic is part of a larger systemic crisis, namely humanity's alienation from nature. Non-traditional security threats like health emergencies and climate change are gaining importance and need further addressing in the security sector. In order to avoid even greater challenges in the coming decades, crisis prevention needs to include the central elements for functional livelihoods on earth: the protection of biodiversity and the global climate. Germany can make an important contribution if it integrates and streamlines these aspects further into its networked security approach.

Keywords: Deutschland, Klima, Prävention, Ziele für nachhaltige Entwicklung, climate, Germany, prevention, Sustainable Development Goals

²⁹ Bundesministerium der Verteidigung, Nachhaltigkeitsbericht 2018 des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr 2016–2017, Berlin 2018, www.bmvg.de/resource/blob/33208/55714c1f567542a17feda42b892e05f8/g-01-nachhaltigkeitsbericht-2018-data.pdf